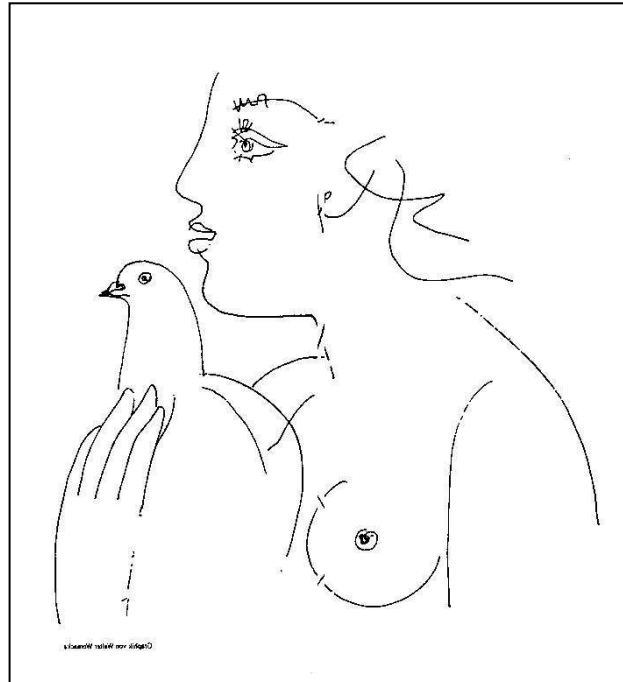


Nr. 151



Wir hatten einst ein Vaterland!

von

Götz Dieckmann

Quelle: Beilage zum Rotfuchs Nr. 199 (August 2014)

Am 7. Oktober 1949 wurde die Deutsche Demokratische Republik gegründet. Vier Jahrzehnte haben wir in ihr gelebt und sie mitgestaltet. Vor 25 Jahren erlag sie der Konterrevolution. Wir verzeichnen nun Woche für Woche konzertierte Aktionen notorischer Geschichtsfälscher, die im Bemühen wetteifern, die DDR als Abgrund des Grauens darzustellen. Wenn wieder solch eine Kampagne anläuft, ist man natürlich empört.

Aber wir sind doch Dialektiker. Ist es bei alledem nicht angebracht, danach zu fragen, zu welchem Zweck diese nicht enden wollenden Exzesse inszeniert werden? Wieso hält es der Gegner ein Vierteljahrhundert nach dem Untergang der DDR für unbedingt geboten, gebetsmühlenartig zu verkünden, was für ein schreckliches „Unrechtsregime“ unser Staat gewesen sei? Angeblich hätten doch – mit Ausnahme einer kleinen Schar machtbesessener SED-Kader – alle anderen DDR-Bürger ständig unter dem „Stalinismus“ gelitten und allesamt die Faust – zumindest in der Tasche – geballt. Derartige „Geschichtspropaganda“ wäre doch völlig überflüssig, wenn das der Wahrheit entspräche.

Es gibt nur *eine* einleuchtende Erklärung: Die Herrschaften haben ihr Ziel nicht erreicht. Es ist ihnen nicht gelungen, den Bürgern unseres Landes die von ihnen angestrebten Pawlowschen Reflexe des Abscheus einzubleuen. Ihr Geschrei vom „Ende der Geschichte“, vom Einmünden in den vermeintlich unveränderbaren kapitalistischen „Normalzustand“ menschlichen Daseins ist ja seit geraumer Zeit verstummt. Wahr ist hingegen, dass sehr viele im Osten und zunehmend auch im Westen die politische Manipulation durchschauen und davon offenkundig angewidert sind. Wenn auch tastend, sind sie wiederum auf dem Wege, zu erkennen, dass die kapitalistische Ausbeutergesellschaft keineswegs eine ewige, oder gar „gottgewollte“ Ordnung ist. Und da rückt natürlich die Erinnerung an geschichtlich bereits realisierte Alternativen trotz unserer Niederlage mehr und mehr ins Blickfeld. Eben das bewerten die Strategen des Monopolkapitals inmitten der längsten kapitalistischen Weltwirtschaftskrise aller Zeiten realistisch als drohende Gefahr. Das nehmen wir zur Kenntnis. Es gibt also nicht nur gute Gründe, sich zu empören. Nein, wir dürfen – auch angesichts der sich überschlagenden Hetze – optimistisch in die Zukunft blicken.

Betrachten wir zunächst die Ausgangslage vor Gründung der DDR: Thomas Mann hat unmittelbar nach dem Ende des II. Welt-

kriegs in sein Tagebuch geschrieben: „Man soll nicht vergessen und (sich) nicht ausreden lassen, dass der Nationalsozialismus eine enthusiastische funkensprühende Revolution, eine deutsche Volksbewegung mit einer ungeheuren seelischen Investierung von Glauben und Begeisterung war.“ 1)

Stoßen wir uns nicht an seiner Wortwahl. Wir wissen natürlich: Die von den Nazis 1933 ausgerufene „Nationale Revolution“ war eine Konterrevolution und der Hitlerfaschismus hatte mit Sozialismus nichts - aber auch gar nichts - gemein. Doch Thomas Manns Kernaussage war richtig. Kein ernstzunehmender Historiker wird bestreiten, dass Hitler, etwa nach den Olympischen Spielen 1936, und erst recht 1940 nach dem Sieg über den „französischen Erbfeind“, Wahlen nach allen Spielregeln der bürgerlichen Demokratie - auch bei Zulassung aller Parteien der Weimarer Republik - mit deutlicher Mehrheit gewonnen hätte. Und niemand kommt an der Tatsache vorbei: Im Unterschied zum I. Weltkrieg hat es am Ende des Zweiten keine vergleichbare revolutionäre Erhebung in Deutschland gegeben. Die Antihitlerkoalition musste das verbrecherische faschistische Regime unter äußersten Anstrengungen und schweren Opfern - besonders der Sowjetarmee - militärisch zerschlagen. Der Krieg endete erst in Berlin mit der totalen Niederlage Nazi-deutschlands. Dies festzuhalten bedeutet keineswegs, den antifaschistischen Widerstand im Lande gering zu schätzen. Ganz im Gegenteil! Der Mut und die Opferbereitschaft der Kommunisten, Sozialdemokraten, von christlichen und bürgerlichen Hitlergegnern und auch der Männer des 20. Juli verdient angesichts dieser Verhältnisse umso mehr unsere Bewunderung und dankbare Anerkennung. Sie waren es, die in finsterster Zeit die Ehre unserer Nation unter Einsatz ihres Lebens verteidigten.

Natürlich trifft es ebenso zu, dass nach der Wende von Stalingrad und Kursk, als der Krieg unübersehbar verloren war, nun immer mehr Deutsche ein Ende des Grauens ersehnten. Das ändert aber nichts an der Tatsache: Die meisten von ihnen empfanden sich im Mai 1945 nicht als „Befreite“ sondern als „Besiegte“. Nicht zuletzt galt das für sehr viele Jugendliche, in deren Reihen der Faschismus verheerende Spuren hinterließ.

Wer den berühmten Aufruf „Schaffendes Volk in Stadt und Land! Männer und Frauen! Deutsche Jugend!“ des ZK der KPD vom 11. Juni 1945 zur Hand nimmt, ist beeindruckt von dem unbestechli-

chen Realismus mit dem die Partei diese Lage analysierte und den Weg, aus dem Chaos wies. Nur vor diesem Hintergrund sind die Leistungen der Antifaschisten in den Jahren bis 1949, die Herstellung der Einheit der Arbeiterbewegung, die Entmachtung des Monopolkapitals, der Kampf gegen Hunger und Lethargie, angemessen zu würdigen. Denn jedem, der heute an den Gründungstag der DDR vor 65 Jahren denkt, steht doch vor allem *ein* Bild vor Augen: Es ist das Foto der großen FDJ-Demonstration, jenes Fackelmarsches, mit dem die Jugend die Geburt ihres antifaschistischen deutschen Staates feierte.

Eine aktuelle Lehre dieser Jahre lautet: Ungeachtet der Notwendigkeit, stets dem Sozialreformismus entschieden entgegenzutreten, müssen Marxisten vor allem *um* Sozialdemokraten kämpfen, nicht *gegen* sie. Auf dem Vereinigungsparteitag im April 1946 hat die KPD in der östlichen Besatzungszone sich ja nicht mit 680.000 „kleinen Zörgiebels“ zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zusammengeschlossen. Nein, die gewaltige Mehrheit der Mitglieder der SPD war ehrlichen Herzens dabei. Diese Genossen waren – wie die Kommunisten – Aktivisten der ersten Stunde und in den Folgejahren bewusste marxistisch orientierte Erbauer und Gestalter des Sozialismus.

Und ich füge hinzu: Das betrifft auch einen beträchtlichen Teil der christlichen Mitbürger. Denn wer der Bergpredigt folgt und sich aufrichtig müht, in ihrem Sinne zu leben und zu wirken, *um* den und nicht *gegen* ihn gilt es zu kämpfen. Natürlich setzt das immer eine klare Abgrenzung voraus gegen jene Apologeten der Macht des Mammons und der kapitalistischen Ausbeuterordnung, die sich mit christlichen Gewändern tarnen. Der Verlauf der Trennlinie ist durch Analyse der sich ändernden geschichtliche Situation immer wieder zu präzisieren. Wird das versäumt, sind gravierende Fehler mit üblen politischen Konsequenzen die Folge.

So zu differenzieren, ist auch bezüglich der anderen großen Weltreligionen geboten. Gerade heutzutage sorgt ja beispielsweise die in den Medien immer wieder suggerierte Gleichsetzung aller Moslems mit extrem reaktionären islamistischen Gewalttätern nicht nur für Verwirrung, sondern sie dient der verbrecherischen Rechtfertigung imperialistischer Kriege.

Die Rückschau hilft uns also dabei, aktuelle weltanschauliche und politische Probleme zu durchleuchten.

Wir grenzen uns gegen Exponenten des rechten Flügels der Linkspartei ab. Doch wir sind eng verbunden mit der Mehrheit ihrer Mitglieder. Dabei übersehen wir in den programmatischen Dokumenten keineswegs, dass DIE LINKE weder eine Arbeiterpartei, noch eine dem Marxismus verpflichtete Formation sein will.

Nun haben sichtbare wie unsichtbar trennende Barrikaden in der Klassenauseinandersetzung immer zwei Seiten, unsere und die dem Gegner zugewandte Flanke. Wer sich wo positioniert, ist durchaus zu erkennen. Diejenigen, die ständig den „endgültigen und unwiderruflichen Bruch mit dem Stalinismus als System“ beschwören und sich als Miesmacher der DDR betätigen, zählen wir nicht zu den Unsrigen.

Doch zurück zum 7. Oktober 1949. Warum trug unser Staat den Namen „Deutsche Demokratische Republik“? Die DDR wurde in einer äußerst gefährlichen Zuspitzung des „Kalten Krieges“ geboren, zu einer Zeit, als die Antihitlerkoalition endgültig von den Westmächten zerstört worden war. Sie entstand zwischen vollzogener Spaltung Deutschlands, der Währungsreform in den Westzonen, der so genannten „Berlin-Blockade“, und der Gründung der BRD einerseits, sowie dem Ausbruch des Korea-Krieges andererseits. Der Kalte Krieg drohte direkt in den heißen umzuschlagen. Die damaligen Pläne der USA für den Atomkrieg gegen die Sowjetunion sind heute jedem interessierten Zeitgenossen zugänglich.

Zu beachten ist: Die sowjetische Führung betrachtete offenkundig über längere Zeit Bestrebungen, in der Sowjetischen Besatzungszone einen zweiten deutschen Staat aufzubauen, mit einiger Skepsis. Sie befürchtete, bei Zuspitzung der Auseinandersetzungen mit den Westmächten sähen die Chancen des kleineren und ökonomisch schwächeren Teils des gespaltenen Deutschlands keineswegs rosig aus. Realistisch bewertete sie auch das Gewicht der nationalen Frage innerhalb der deutschen Gesamtproblematik. Um es bildlich auszudrücken: In Abwägung ihrer Interessen ging sie davon aus, im Fall des Falles würde in Deutschland nicht der Schwanz mit dem Hund sondern wohl der Hund mit dem Schwanz wedeln.

An diesem Kräfteverhältnis vermochte damals auch die Volksbewegung „Für Einheit und gerechten Frieden“ nichts Grundlegendes zu ändern. So erklärt sich auch noch die so genannte „Stalin-Note“ vom Jahre 1952 über den Abschluss eines Friedensvertrages

mit Gesamtdeutschland. Zu einer Zeit, als Adenauer mit der Parole „Besser das halbe Deutschland ganz, als das ganze halb!“ hausieren ging, setzte die Sowjetunion auf ein Konzept, das wenige Jahre später den Namen „Österreichische Lösung“ tragen sollte. Es zielte vor allem darauf, die BRD nicht Mitglied der NATO werden zu lassen und möglichst Gesamtdeutschland in einen neutralen Staat mit lebendigem Interesse an soliden außenwirtschaftlichen Beziehungen zur Sowjetunion und den Volksdemokratien Osteuropas zu verwandeln. Das wäre – wie im Falle Österreichs – ein bürgerlicher Staat gewesen. Wäre es so gekommen, hätte das den Wiederaufbau der im Krieg bis zu den Ufern der Wolga völlig verheerten Teile der Sowjetunion befördert und zudem die gewaltige Bürde des bereits entfesselten atomaren Wettrüstens erleichtert. Man kann darüber spekulieren, welche Wirkungen das hinsichtlich der Entwicklung des Sozialismus in der Welt gehabt hätte. Die Geschichte verlief aber bekanntlich anders und der Historiker soll ja nicht fragen, „Was wäre wenn?“ Er ist vielmehr gehalten, die Macht des Faktischen in den Mittelpunkt seiner Aufmerksamkeit zu rücken.

Nach diesem Blick auf die damalige Gesamtlage, gilt es auch noch aus einer anderen Perspektive der Frage nachzugehen, warum unser Staat „Deutsche Demokratische Republik“ hieß. Hier ist zunächst auf die „Berner Konferenz“ der KPD im Jahre 1939 zu verweisen, die in Weiterführung der Beschlüsse des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, eine deutsche demokratische Republik als oberstes Kampfziel propagierte. In der Resolution hieß es: „Die neue demokratische Republik wird aber, im Gegensatz zur Weimarer Republik, den Faschismus mit der Wurzel ausrotten, ihm seine materielle Basis durch die Enteignung des faschistischen Trustkapitals entziehen und sich, wieder im Gegensatz zur Weimarer Republik, in der Armee, der Polizei und im Beamtenapparat zuverlässige Verteidiger der demokratischen Freiheiten und der demokratischen Volksrechte schaffen. In der neuen demokratischen Republik wird, im Gegensatz zu Weimar, nicht die Großbourgeoisie, gedeckt durch eine Koalition mit einer Arbeiterpartei, ihre wirtschaftlichen und politischen Anschläge gegen das Volk richten können, sondern die einige Arbeiterklasse, vereint mit den Bauern, dem Mittelstand und der Intelligenz in der Volksfront, wird das Schicksal des Landes bestimmen.“ 2)

Ferner ist darauf zu verweisen: Der Name des neuen Staates bezog sich auf das Erbe der Revolution von 1848. Ich darf daran erinnern, dass sich ein Jahr vor Gründung der DDR diese Revolution zum hundertsten Male und die Novemberrevolution des Jahres 1918 zum dreißigsten Male jährten. Ihre Lehren spielten eine bedeutende Rolle im Kampf um die Festigung der antifaschisch-demokratischen Ordnung im Osten Deutschlands. Beide Revolutionen vermittelten Schlussfolgerungen zum Wechselverhältnis von ökonomischer und politischer Macht, wie auch zur Rolle der Nation und zur Staatsfrage.

Jeder von uns kennt die Passage im „Manifestes der Kommunistischen Partei“: „Den Kommunisten ist ... vorgeworfen worden, sie wollten das Vaterland, die Nationalität abschaffen.“ Polemisch antworteten Marx und Engels: „Die Arbeiter haben kein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben.“ Ein eventuell aufkeimender Verdacht, den Begründern unserer Weltanschauung könne hier eine halbanarchistische Entgleisung unterlaufen sein, erweist sich sofort als gegenstandslos. Denn es heißt dort weiter: „Indem das Proletariat zunächst sich die politische Herrschaft erobern, sich zur nationalen Klasse erheben, sich selbst als Nation konstituieren muß, ist es selbst noch national, wenn auch keineswegs im Sinne der Bourgeoisie.“ 3) Welche konkreten nächsten Schritte auf diesem Wege zu gehen waren, haben Marx und Engels dann unmittelbar nach Ausbruch der 48er Revolution in den „Forderungen der Kommunistischen Partei in Deutschland“ klargestellt. Punkt eins lautete: „Ganz Deutschland wird zu einer einigen, unteilbaren Republik erklärt.“ 4)

In diesem Zusammenhang möchte ich auch auf Friedrich Engels' im Jahre 1884 - nach dem Tod des Freundes und Kampfgefährten - verfasste Arbeit „Marx und die ‚Neue Rheinische Zeitung‘ 1848 - 49“ verweisen. Dort heißt es, das deutsche Proletariat sei in seiner Masse 1848 noch unbekannt mit seiner eigenen geschichtlichen Rolle und folglich vor allem Antreiber des äußersten linken Flügel der Bourgeoisie gewesen: Daraus ergab sich, wie Engels es formulierte: „Die deutschen Arbeiter hatten vor allen Dingen diejenigen Rechte zu erkämpfen, die ihnen zu ihrer selbständigen Organisation als Klassenpartei unumgänglich waren. ... Das deutsche Proletariat erschien so zunächst auf der politischen Bühne als äußerste demokratische Partei.“

Damit war uns, als wir in Deutschland eine große Zeitung begründeten, die Fahne von selbst gegeben. Es konnte nur die der Demokratie sein, aber die einer Demokratie, die überall den spezifisch proletarischen Charakter im Einzelnen hervorhob, den sie noch nicht ein für allemal aufs Banner schreiben konnte. Wollten wir das nicht, wollten wir nicht die Bewegung an ihrem vorgefundenen, fortgeschrittensten, tatsächlich proletarischen Ende aufnehmen und weiter vorantreiben, so blieb uns nichts, als Kommunismus in einem kleinen Winkelblättchen dozieren und statt einer großen Aktionspartei eine kleine Sekte stiften.“

Die zentrale Losung musste demzufolge lauten: „Einige, unteilbare, demokratische Republik.“ 5)

So kam die DDR zu ihrem Namen.

Es ist zu vermerken, dass es bereits 1848 nicht schlechthin um eine Republik ging. Es handelte sich nicht nur – und nicht einmal in erster Linie – um die Überwindung der Monarchien. Marx und Engels erteilten, dem französischen Beispiel entsprechend, auch dem Föderalismus eine klare Absage. Sie kämpften um die gesamtdeutsche demokratische Republik als Heimstatt realer Volkssouveränität.

Republik bzw. Monarchie betreffend ist ja selbst heutzutage zu fragen: Gibt es etwa gravierende Unterschiede zwischen bürgerlichen Republiken, etwa zwischen Deutschland oder Frankreich einerseits und konstitutionellen, ebenso bürgerlichen Monarchien wie Großbritannien, Belgien oder den Niederlanden? Würde es irgendetwas an der Herrschaft des Monopolkapitals ändern, wenn nach den rasch aufeinander folgenden Abstürzen mehrerer deutscher Bundespräsidenten und nach Verschleiß des jetzigen hierzulande wieder eine Monarchie errichtet würde? Irgendein Kandidat aus dem fruchtbaren Hause Sachsen-Coburg-Gotha würde sich finden.

Oder - origineller noch.-. vielleicht sollte man auf einen Spross der Sippe derer von Kauffungen zurückgreifen. Denn das würde einem einst zum Volkslied gewordenen Reim wieder zu allgemeiner Beliebtheit verhelfen:

Kunz von Kauffungen mit zween Rittern
Saß in der Kneipe und trank einen Bittern.

Das würde immerhin zur Erheiterung des Volkes beitragen. Doch Spaß beiseite.

Internationalismus prägt maßgeblich unser Verständnis der nationalen Frage. Das bedarf wohl keiner Erläuterung. Wie verhält es sich jedoch mit dem Patriotismus? Die deutsche Geschichte lehrt, dass es zwischen übersteigertem Patriotismus und imperialistischem Nationalismus fließende Übergänge gibt, bis hin zum mörderischen Rassismus. Halten wir deshalb fest: Es ist der Zufall der Geburt, der entscheidet, ob wir als Deutsche, Franzosen, Chinesen, Mexikaner oder Russen auf die Welt kommen. Das ist ja zunächst mit keinerlei persönlichen oder durch die Vorfahren erworbenen Verdiensten verbunden. Der Nationalstolz kann also hierauf schwerlich gegründet sein. Stolz auf die eigene Nation gewinnt jedoch vor allem dann eine reale Basis, wenn der Patriot - nach Maßgabe seiner Fähigkeiten - dazu beiträgt, seinem Heimatland einen geachteten Platz in der Weltgemeinschaft der Nationen zu erringen. Verhält es sich so, dann darf man als Deutscher sehr wohl stolz darauf sein, dem Land von Einstein, von Karl Marx und Bach anzugehören.

Der Grad der Verantwortung jedes Einzelnen, misst sich zudem an den Verpflichtungen, die aus der geostrategischen Situation Deutschlands erwachsen. Denn unser Land nimmt angesichts seiner Lage, seiner Bevölkerungszahl und seiner wirtschaftlichen Bedeutung eine Position ein, die wesentlich über Verlauf und Ausgang des Ringens zwischen Imperialismus und Sozialismus auf dem europäischen Festland entscheidet. Freund und Feind haben waren sich dessen stets bewußt und sie wissen das auch heute. Mit irgendwelchen angeborenen Vorzügen oder Tugenden der Bürger deutscher Nationalität hat das wenig zu tun. Doch für die Werktätigen unseres Landes erwächst daraus ein Mehr an Verantwortung. Der gilt es sich zu stellen.

Angesichts der gegenwärtigen Krise des Kapitalismus wird noch deutlicher, welche Errungenschaften die DDR aufzuweisen hatte. Das gesellschaftliche Eigentum, die politische Macht der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, sicherten eine menschenwürdige Existenz und trugen über die Jahrzehnte des Kalten Krieges maßgeblich zur Sicherung des Friedens bei. Es gab ein vorbildliches Schulwesen und die Lebensweise orientierte sich an moralischen Werten. Letzteres will ich vor dem Hintergrund des nunmehr allgegenwärtigen Verfalls der Sitten, des Verlusts jeglichen Anstands - auch des bürgerlichen Anstands, den es in Zeiten des geschichtli-

chen Aufstiegs der Kapitalistenklasse immerhin gegeben hat – besonders unterstreichen.

Ich meine, ich brauche nicht ausführlich aufzuzählen, was in unserem Lande im Gegensatz zur jetzigen Realität alles gut war. Außerdem reicht es nicht, nur beim Guten zu verweilen. Wir haben keinen Grund und auch nicht das Recht, Fehler und Defizite in der Entwicklung der DDR klein zu reden, zu verschweigen oder nachträglich zu rechtfertigen.

Aus eigenem Erleben will ich berichten: Anfang der achtziger Jahre wurde ich in einer Rektoratssitzung damit konfrontiert, Genosse Günter Mittag habe im Sekretariat des ZK mit Schärfe die Frage gestellt, ob die Historiker der Parteihochschule die Absicht hätten, nachzuweisen, dass unter Ulbricht die Pläne besser erfüllt wurden, als nun unter dem Genossen Honecker. Das war ein scharfes Geschloß, zumal ich zunächst gar nicht ahnte, worum es sich handeln könnte. Doch das klärte sich rasch auf: Unser Lehrstuhl Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung erarbeitete bereits seit den fünfziger Jahre Lehrmaterialien mit dem Vermerk „Nur für den inneren Schulgebrauch“ auf dem Titelblatt. Darin wurden die jeweils beschlossenen Vorgaben der Fünfjahrpläne und die schließlich realisierten Ergebnisse ausgewiesen. Nun war die Darstellung ökonomischer Eckdaten im Statistischen Jahrbuch der DDR jüngst geändert worden, und zwar dergestalt, dass langfristige Entwicklungsvergleiche erschwert wurden. Die Genossen des Lehrstuhls waren jedoch bestrebt, die bewährte, wohlgemerkt parteiinterne und für unsere Studenten sehr wichtige Schriftenreihe weiterzuführen und sie hatten deshalb die entsprechenden Daten umgerechnet, um die Darstellungsmethodik beibehalten zu können. In der ganzen Auseinandersetzung wurde auch keineswegs der Vorwurf erhoben, sie hätten dabei nicht richtig gerechnet.

Ich erinnere mich bis heute sehr deutlich an die aufmerksamen und zugleich skeptischen Mienen meiner Genossen, als ich diese Angelegenheit – wie üblich natürlich selbstkritisch und kritisch – in einer GO-Versammlung des Wissenschaftsbereichs Geschichte auswertete.

Ich zählte meinen Auftritt schon damals nicht zu den Glanzleistungen meines Lebens. Denn uns war doch bekannt, dass nach der Erdölkrise des Jahres 1973 die RGW-Preise für Rohöl Zug um Zug den explodierenden Weltmarktpreisen angepasst wurden. Wir re-

gistrierten, wie eine Schere zwischen Import- und Exportpreisen sich stetig weiter öffnete, woraus sich beträchtliche Schwierigkeiten hinsichtlich der Stabilität der Planung unserer Volkswirtschaft ergaben.

Zudem wurde immer deutlicher: Das anbrechende Computerzeitalter läutete eine qualitativ neue Stufe der Produktivkraftentwicklung im Weltmaßstab ein. Deshalb begrüßten wir die in Dokumenten der Parteitage und ZK -Tagungen formulierte strategische Zielsetzung, den Übergang zu einem sozialistischen Typus intensiv - erweiterter Reproduktion in Angriff zu nehmen.

Natürlich waren wir damals davon überzeugt, die sozialistische Staatengemeinschaft verfüge - wie auch bei früheren großen Herausforderungen - über die kollektive Kraft, diese Probleme erfolgreich zu meistern. Das erwies sich als Irrtum.

Die erforderliche gemeinsame äußerste Anspannung aller Kräfte der sozialistischen Staaten blieb aus. Fatalerweise gab es über die damit zusammenhängenden komplexen Fragen in der SED keine offene, alle möglichen Konsequenzen aufdeckende Aussprache. Im Gegenteil! Das Totschlagargument, man solle und dürfe keine „Fehlerdiskussion“ zulassen, führte zur Verödung der innerparteilichen Debatten und schwächte die Kampfkraft. Verheerende Auswirkungen auf die Situation in der Gesamtgesellschaft waren die Folge. Denn eines ist wohl nicht zu bestreiten: Das Niveau der Gesamtentwicklung der sozialistischen Demokratie und ihre Lebenskraft hängen maßgeblich ab vom Grad der Reife des innerparteilichen Lebens, von der Streitkultur und der sich darauf gründenden bewussten Disziplin aller Mitglieder der führenden Partei. Lenin hat auf dem Zweiten Gesamtrussischen Sowjetkongreß hervorgehoben: „Nach unseren Begriffen ist es die Bewusstheit der Massen, die den Staat stark macht. Er ist dann stark, wenn die Massen alles wissen, über alles urteilen können und alles bewusst tun.“ 6)

Im Umkehrschluss heißt das aber: Wenn die Werktätigen über die sich zuspitzende Gesamtlage *nicht* genug wissen, wenn sie deshalb *kaum urteilsfähig* sind und demzufolge auch *nicht bewusst zu handeln* vermögen, dann kommt die Stunde der Eppelmänner und Helmut Kohls. Und schließlich mündet alles im neokolonialistischen Raubzug von „Treuhand“- Banditen.

Hinzu kommt, dass vorauseilender Gehorsam und abstoßende Würdelosigkeit den Untergang unseres Staates begleiteten. Wer heute darüber klagt, junge Leute seien so schwer zu erreichen, sollte begreifen: Deren Skepsis ist nicht zuletzt auch auf das Verhalten von Akteuren der Jahre 1989 und 1990 zurückzuführen.

Der Untergang unseres Staates hatte also nicht nur von uns schwer zu beeinflussende internationale Ursachen, sondern auch innere, für die jeder von uns – natürlich nach dem Maß seiner damaligen Position und seiner Einflussmöglichkeiten – geradestehen sollte. Denn es ist sehr bequem, Schuld stets nur bei anderen zu suchen. Wenn man aber beim Bilanzieren auf einem Auge blind ist, ebnet das nicht den Weg zur Erkenntnis der Wahrheit.

Wir, die RotFüchse, bekennen uns zum Marxismus. Natürlich wissen wir: Der Marxismus hat sich – wie jede andere Gesellschaftstheorie – der unerbittlichen Prüfung der geschichtlichen Praxis zu stellen. Nach unserer schweren Niederlage ist in dieser Hinsicht viel Schweres und Schmerzliches zu bewältigen. Wir dürfen nicht aus dem Auge verlieren: Niederlagen ziehen stets bei vielen Entmutigung oder gar völlige Abkehr von einst als richtig Erkanntem nach sich.

Was aber die Unvereinbarkeit von Marxismus und Sozialreformismus betrifft, liefert die geschichtliche Prüfung ein eindeutiges Ergebnis. Der Sozialreformismus mit seinem Credo, die Entwicklung müsse ausschließlich friedlich und einvernehmlich vonstatten gehen, existiert in verschiedenen Spielarten seit mehr als andert-halb Jahrhunderten. Er ist also ebenso alt wie der Marxismus. Nun, Genossen, nennt mir ein einziges Land auf der Welt, wo auf sozial-reformistischem Wege, also unter Verzicht auf entschlossenen re-volutionären Kampf, eine sozialistische Gesellschaft oder – wie es heutzutage heißt – „demokratischer Sozialismus“ geschaffen wurde.

Den Wunsch, solche Umwälzung möge möglichst friedlich gelin-gen, wird wohl jeder von uns teilen. Doch Tatsachen sind nun einmal ein hartnäckiges Ding. Es geht eben nicht allein um gute Wünsche und Hoffnungen. Wer das Wesen des Gegners verkennt, wer der trügerischen Erwartung erliegt, dieser werde sich letztlich widerstandslos der Macht von Stimmzetteln beugen, ist entweder mit Blindheit geschlagen oder er ist ein Betrüger. Es reicht doch, auf Bürgerkrieg und ausländische Intervention nach der russischen

Oktoberrevolution, auf Spanien in den dreißiger Jahren, auf Griechenland, Indonesien, den Iran nach dem II. Weltkrieg, und nicht zuletzt auf das Schicksal der Unidad Popular in Chile zu verweisen. Der Feind räumt nicht kampflös das Feld. Die Geschichte offenbar vielmehr: Es gibt keine Gewalttat und kein Verbrechen, das der Imperialismus scheut, wenn es darum geht, seine Herrschaft zu zementieren.

Ich erinnere daran, dass in den neunziger Jahren die PDS in einem vorübergehenden Anfall von Wahrheitsliebe selbst betonte, sie werde unbeirrt an der „sozialistischen Utopie“ festhalten. Angesichts dieser Wortwahl sollten wir von den Sozialreformisten stets verlangen: Präsentiert die geschichtlichen Fakten, die euer Denkbauwerk stützen!

Eben diese Forderung ist auch an die Adresse der Trotzlisten zu richten. Denn auch aus ihren Reihen ertönt ja Triumphgeschrei, die Niederlage des europäischen Sozialismus bestätige die gegen die Sowjetunion gerichteten Anwürfe ihres Idols. Fragen wir also, worauf sich ihre Überzeugung von der Richtigkeit der von Trotzki und Parvus vor elf Jahrzehnten in die Welt gesetzten „Theorie der permanenten Revolution“ realgeschichtlich gründet. Sie ist – wie auch die Lehrsätze der Sozialreformisten – allein beheimatet im Nirgendwo, auf der sagemunwobenen Insel Utopia.

Die Marxisten dagegen haben – ungeachtet aller Schwächen, Irrtümer und Niederlagen – unbestreitbar in der Sowjetunion und einer ganzen Reihe weiterer Staaten Sozialismus hervorgebracht. Mit Stolz können wir vermerken: Unsere Deutsche Demokratische Republik rangierte dabei auf einem der vorderen Ränge. Viele Menschen in aller Welt haben unser Land als ein vorbildliches internationalistisch gesinntes und handelndes Gemeinwesen erlebt und sie haben das auch nicht vergessen. Sind wir da etwa gehalten, nunmehr gesenkten Hauptes durchs Leben zu schreiten? Auch wenn wir vieles in der nächsten Runde besser machen wollen und müssen: Wir können uns im Gegensatz zu den Opportunisten auf solide, historisch geprüfte marxistische Fundamente stützen und darauf aufbauen.

Zudem verfügen wir über eine bewährte Richtschnur, wenn es um das Verhältnis zum sozialistischen deutschen Staat, zu seinen Stärken und Schwächen geht. Nach der Niederlage der Pariser Kommune entfesselte die Bourgeoisie eine Hetzkampagne, die durch-

aus mit den heutigen Attacken gegen die DDR vergleichbar ist. Am 25. Mai 1871 gab August Bebel darauf im Deutschen Reichstag eine mutige Antwort, an der wir unser Verhalten zu messen haben. „Meine Herren“ – so Bebel – „mögen die Bestrebungen der Kommune in Ihren Augen auch noch so verwerfliche oder ... verrückte sein, seien Sie fest überzeugt, das ganze europäische Proletariat und alles, was noch ein Gefühl für Freiheit und Unabhängigkeit in der Brust trägt, sieht auf Paris. ... Meine Herren, und wenn auch im Augenblick Paris unterdrückt ist, dann erinnere ich Sie daran, dass der Kampf in Paris nur ein kleines Vorpostengefecht ist, dass die Hauptsache in Europa uns noch bevorsteht und dass, ehe wenige Jahrzehnte vergehen, der Schlachtruf des Pariser Proletariats ‚Krieg den Palästen, Friede den Hütten, Tod der Not und dem Müßiggange!‘ der Schlachtruf des gesamten europäischen Proletariats werden wird.“ 7)

Der Stenographische Bericht verzeichnete an dieser Stelle „Heiterkeit“ im Saal. Die gute Laune ist den Herren ziemlich rasch vergangen, so wie sie auch jetzt keineswegs von Dauer ist.

Wenige Tage nach dieser Rede Bebels im Reichstag erschien in London Karl Marx' „Bürgerkrieg in Frankreich“. Aus dieser Adresse des Generalrats der Internationalen Arbeiterassoziation können wir entnehmen, wie Marxisten mit Errungenschaften und Fehlern umzugehen haben. Denn Marx kritisierte mit Schärfe sämtliche Schwächen, alle Fehler und Halbheiten der Kommune. Um so überzeugender wirkt dann sein Nachweis, dass die Kommune erstmals in der Geschichte ein Staatswesen gebar, welches in seinen Grundmerkmalen jenen neuen Staatstyp verkörperte, ohne den die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus nicht meistern können. Und bei aller Kritik würdigte er schließlich die Kommune mit Worten, die das Herz jedes aufrechten Menschen berühren: „Das Paris der Arbeiter, mit seiner Kommune, wird ewig gefeiert werden als der ruhmvolle Vorbote einer neuen Gesellschaft. Seine Märtyrer sind eingeschreint in dem großen Herzen der Arbeiterklasse. Seine Verteilger hat die Geschichte schon jetzt an jenen Schandpfahl genagelt, von dem sie zu erlösen alle Gebete ihrer Pfaffen ohnmächtig sind.“

8)

Halten wir fest:

Auch wir hatten einst ein Vaterland!

Es gibt viele Gründe, den Verlust zu bedauern. Doch wir sollten nicht vergessen: Wir sind jene Generation, die das Glück hatte, erstmals in Deutschland jahrzehntelang in einer ausbeutungsfreien Gesellschaft zu leben. Wir haben sie mitgestaltet, wir haben Siege erfochten und den Schmerz der Niederlage erlitten. Wenn wir Bilanz ziehen, dann sind wir im Vergleich zu allen anderen Generationen der neueren deutschen Geschichte privilegiert. Das bekräftigt die Erkenntnis:

Es gibt wahrlich nicht nur Grund zur Trauer.

Als die Internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg infolge des erpresserischen Drucks der imperialistischen Mächte das Land verlassen mussten, haben Ernst Busch und Hans Eisler ein Lied geschrieben, das wir mit Fug und Recht auch unserer Deutschen Demokratischen Republik widmen können:

Wie könnten wir je vergessen das Land,
Darin wir unsere Besten gelassen.
Das Land, das uns alle vereinigt fand
Im Kämpfen, im Leiden und Hassen.

Denn Länder, in denen man sorglos gelebt,
Verlässt man ohne Betrüben.
Doch das Land, mit dem wir gehofft und gebebt,
Das werden wir ewig lieben.

- 1) Thomas Mann: Tagebücher 1944-1,4.1946. Frankfurt/M, 1986, S.78.
- 2) Der Weg zum Sturze Hitlers und der Kampf um die neue demokratische Republik. In: Revolutionäre deutsche Parteiprogramme. Berlin 1964, S.179/180.
- 3) MEW, Bd. 4, S. 479.
- 4) MEW, Bd. 5, S.
- 5) MEW, Bd. 21, S. 18/19.
- 6) LW, Bd. 26, S. 246.
- 7) August Bebel: Ausgewählte Reden und Schriften. Bd. 1, Berlin 1970, S. 150.
- 8) MEW, Bd. 17, S. 362.